

NIW INFO SPEZIAL 3|2013



EFRE-FÖRDERUNG IN DEUTSCHLAND VON 2007 BIS 2013

**SCHWERPUNKT AUF INNOVATIONSFÖRDERUNG, ABER GROSSE UNTERSCHIEDE
BEI DER KONZENTRATION DER MITTEL AUF EINZELNE THEMENSCHWERPUNKTE**

VON CHRISTINA REISSMANN UND DANIEL SCHILLER

In diesem Beitrag wird untersucht, inwiefern sich die Programme des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) der Förderperiode 2007 bis 2013 zwischen den deutschen Bundesländern unterscheiden. Dabei werden zwei Fragen beantwortet:

1. Wie stark sind die Mittel auf einzelne Themenschwerpunkte konzentriert?
2. Werden Schwerpunkte in Bereichen gesetzt, in denen ein Entwicklungsrückstand innerhalb Deutschlands besteht, oder setzt die Förderung an den regionalen Stärken an?

Die Ergebnisse zeigen deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern. Einige Länder konzentrieren die Mittel auf we-

nige Themenbereiche (z. B. Mecklenburg-Vorpommern), andere verteilen sie gleichmäßiger auf viele Themen (z. B. Niedersachsen). Die Mittelkonzentration ermöglicht hierbei, einen spürbaren Beitrag zur Lösung ausgewählter Problemlagen zu leisten. Eine gleichmäßigere Ausstattung von Themenschwerpunkten trägt der Komplexität regionaler Problemlagen Rechnung, bedarf hierbei aber eine größere finanzielle Gesamtausstattung des Programms. Innerhalb der Operationellen Programme lassen sich Themenbereiche ausmachen, auf die sich Bundesländer mit einem relativen Entwicklungsrückstand in dem entsprechenden Bereich fokussieren (z. B. Verkehrsinfrastruktur). Im Bereich der Innovations- und Unternehmensförderung setzt die Schwerpunktsetzung hingegen an der Stärkung vorhandener regionaler Potenziale an und versucht diese auszubauen.

1. HINTERGRUND

Zwischen den Regionen der EU bestehen wirtschaftliche und soziale Disparitäten, die sich in ungleichen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten und unterschiedlichen Lebensbedingungen äußern. Die Ursache für diese regionalen Disparitäten liegt in den regionalen Unterschieden der wirtschaftlichen Dynamik begründet. Strukturschwache Regionen weisen ein vergleichsweise geringes Durchschnittseinkommen und eine relativ hohe Arbeitslosenquote auf. Durch die EU-Regionalpolitik sollen diese räumlichen Disparitäten verringert werden. Die Förderung insbesondere benachteiligter Regionen soll das Wirtschaftswachstum vorantreiben, die Wettbewerbsfähigkeit steigern und die Lebensqualität

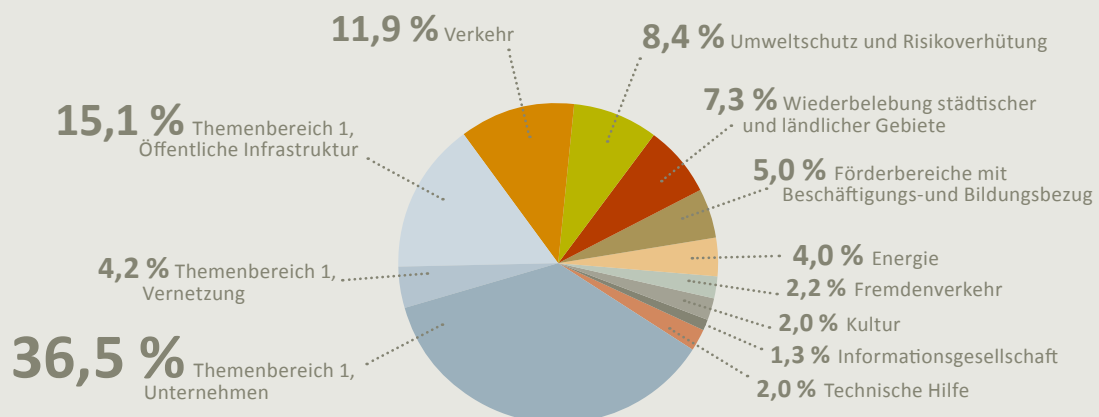
der Bürger verbessern. Mit einem Drittel des Haushalts der Union kommt diesem Bereich der europäischen Gemeinschaftspolitik eine große Bedeutung zu. Die Umsetzung der Regionalpolitik erfolgt durch Förderprogramme, welche durch Förderfonds finanziert werden. Der Fonds mit den meisten Mitteln und damit das wichtigste Instrument zur Verwirklichung der regionalpolitischen Zielsetzungen ist der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Auf Grund des Subsidiaritätsprinzips enthält jedes Förderprogramm eine regionale Entwicklungsstrategie mit spezifischen Förderbereichen und keine einheitlichen Schwerpunktsetzungen im Sinne einer „one-size-fits-all“-Strategie.

2. AUSRICHTUNG DER EFRE-FÖRDERUNG IN DEUTSCHLAND

In Deutschland obliegt den Bundesländern die Verantwortung zur Aufstellung und Durchführung der Förderprogramme. Zwar müssen die Bundesländer bei der Programmearbeitung die allgemeinen Vorgaben der EU und des Bundes berücksichtigen. Jedoch haben sie Handlungsspielraum, den sozioökonomischen Kontext (auf Grundlage einer SWOT-Analyse) und die spezifischen geographischen Gegebenheiten der Region in die Entwicklungsstrategie einfließen zu lassen und spezifische Förderschwerpunkte zu identifizieren. Auf Grund der Tatsache, dass die Bundesländer regionsspezifische Strategien entwickeln, liegt die Vermutung nahe, dass inhaltliche Unterschiede zwischen den EFRE-Förderprogrammen bestehen. Diese sollen nachstehend beschrieben und erklärt werden. Als Datengrundlage dienen hierbei die Tabellen der Ausgabenkategorien in den Durchführungsberichten der Bundesländer für das Jahr 2011. Diese Tabellen enthalten eine Aufschlüsselung der EFRE-Fördermittelzuweisungen nach Kategorien seit Programm-

beginn, wobei die Fördermittelhöhe und deren Zuordnung nach Themenbereichen (z.B. „Verkehr“) die Basis der Datenauswertung darstellen. Die Stärke in diesem methodischen Vorgehen liegt darin, dass die Datengrundlage auf tatsächlichen Mittelaufwendungen in den Förderbereichen (Ist-Zahlen) beruht und keine geplanten Investitionen (Plan-Zahlen) widerspiegelt. Der Schwerpunkt der EFRE-Förderung in Deutschland liegt mit 55,8 Prozent¹ der im Zeitraum vom 01.01.2007 bis zum 31.12.2011 in Deutschland investierten EFRE-Mittel auf dem Themenbereich 1 „Forschung und technologische Entwicklung (FTE), Innovation und Förderung des Unternehmergeistes“ (Abbildung 1). Innerhalb dieser Achse kommt der Förderung von Unternehmen mit 36,5 Prozent der deutschen EFRE-Mittel eine zentrale Bedeutung zu. Aber auch die Themenbereiche Verkehr sowie Umweltschutz und Risikoverhütung mit 11,9 Prozent bzw. 8,4 Prozent der Mittel nehmen eine bedeutsame Rolle in der EFRE-Förderung in Deutschland ein.

Abbildung 1: Verteilung der im Zeitraum 2007 bis 2011 verausgabten EFRE-Fördermittel nach Themenbereichen



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Durchführungsberichte der Bundesländer für das Jahr 2011.

¹ Die Summe der drei innerhalb des Themenbereichs 1 gebildeten Unterkategorien „Unternehmen“, „Vernetzung“ und „Öffentliche Infrastruktur“.

3. THEMATISCHE KONZENTRATION ODER STREUUNG DER FÖRDERMITTEL

Betrachtet man die EFRE-Fördermittelverwendung der einzelnen Bundesländer, so können große Unterschiede festgestellt werden. Während einige Bundesländer eine Fördermittelkonzentration durchführen, präferieren andere eine Streuung der Mittel. So werden in Mecklenburg-Vorpommern knapp 90 Prozent der EFRE-Landesfördermittel auf die beiden Themenbereiche „FTE, Innovation und Förderung des Unternehmergeistes“ und „Verkehr“ vereint, während in Niedersachsen und im Saarland die EFRE-Mittel neben dem Förderschwerpunkt „FTE, Innovation und Förderung des Unternehmergeistes“ auf viele weitere Förderbereiche verteilt werden (Abbildung 2). Niedersachsen ist dabei das einzige Bundesland, das in der Periode 2007 bis 2013 zwei Operationelle Programme im Bereich des EFRE aufgestellt hat. Der ehemalige Regierungsbezirk Lüneburg ist die einzige westdeutsche Region, die als Konvergenzgebiet gefördert wird, während die übrigen Regionen des Landes als RWB-Gebiet (Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung) gefördert werden.² Im Konvergenzgebiet Lüneburg ist die Streuung der Fördermittel zwischen den Themenbereichen besonders groß.

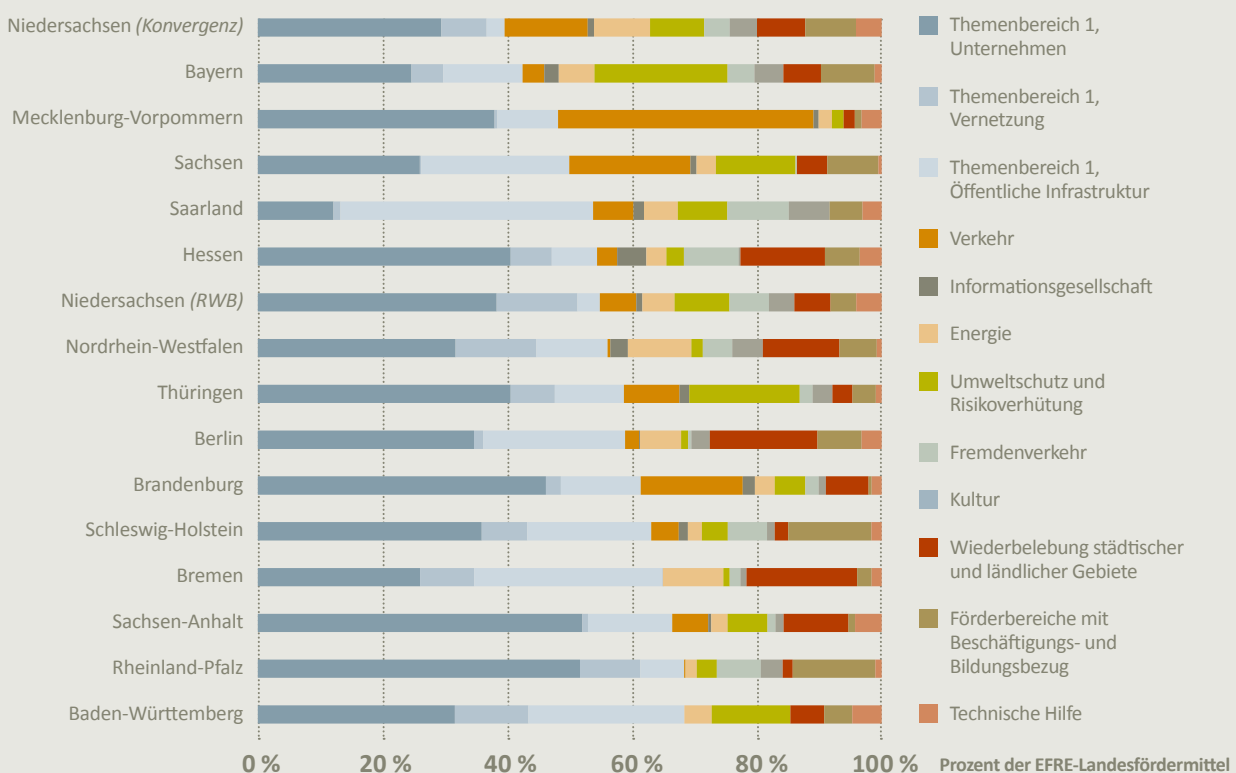
Die unterschiedliche Fördermittelverwendung der Bundesländer deutet darauf hin, dass das Subsidiaritätsprin-

zip der EU-Regionalpolitik in der Praxis Anwendung findet und die regionale Ebene ihre Handlungsbefugnisse im System der EU-Regionalpolitik wahrnimmt. Um die regionalen Unterschiede der EFRE-Förderprogramme zu verdeutlichen, werden die Themenbereiche, auf die deutschlandweit die meisten Mittel konzentriert sind, im Folgenden näher untersucht.

3.1 THEMENBEREICH „FTE, INNOVATION UND FÖRDERUNG DES UNTERNEHMERGEISTES“

Mit 55,8 Prozent der in Deutschland investierten EFRE-Mittel ist der Themenbereich „FTE, Innovation und Förderung des Unternehmergeistes“ der mit Abstand wichtigste Förderbereich. Doch auch wenn die Bedeutung insgesamt als übergeordnet angesehen werden kann, variiert die Wichtigkeit dieser Achse zwischen den Bundesländern deutlich. So investieren Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz knapp 70 Prozent der EFRE-Landesfördermittel in die Förderung von „FTE, Innovation und Unternehmergeist“, während Mecklenburg-Vorpommern, Bayern und das niedersächsische Konvergenzgebiet Lüneburg weniger als 50 Prozent ihrer Mittel hierfür aufwenden (Abbildung 2). Mit Hilfe der drei Unterkategorien des

Abbildung 2: Verteilung der im Zeitraum 2007 bis 2011 verausgabten EFRE-Fördermittel nach Bundesländern



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Durchführungsberichte der Bundesländer für das Jahr 2011.

² Das Ziel „Konvergenz“ trifft auf alle Regionen zu, deren BIP pro Kopf bei weniger als 75 Prozent des Durchschnitts der EU liegt. Das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (RWB) wird in allen übrigen Regionen verfolgt.

Themenbereichs sollen die Unterschiede zwischen den Bundesländern genauer untersucht werden. Die Fördermittelausgaben für den Themenbereich 1 werden für jedes Land auf 100 Prozent festgesetzt, um dann die Anteile der einzelnen Unterkategorien zu ermitteln. Mit entsprechenden Indikatoren wird versucht die regionalen Unterschiede zwischen den Bundesländern zu erklären.

3.1.1 Unterkategorie „Unternehmen (insbesondere KMU)“

Um die unterschiedlichen Anteile der EFRE-Landesfördermittel des Themenbereichs 1 für Unternehmen (insbesondere KMU) zwischen den Bundesländern zu erklären, wird als erklärender Indikator die Beschäftigtenstruktur verwendet (*Abbildung 3*). Es ist anzunehmen, dass jene Bundesländer die einen hohen Beschäftigtenanteil in KMU aufweisen, KMU stärker fördern als Länder mit vergleichsweise wenig KMU-Beschäftigten. Mit Hilfe einer Regressionsanalyse lässt sich der statistische Zusammenhang der beiden Variablen belegen. Bundesländer, die einen vergleichsweise hohen Anteil von Beschäftigten in KMU besitzen, investieren signifikant stärker in die Förderung von KMU. So liegt in Mecklenburg-Vorpommern der Anteil der Beschäftigten in KMU bei 80,0 Prozent und es werden 78,9 Prozent der Mittel des Themenbereichs 1 für die Förderung von Unternehmen (insbesondere KMU) verwendet. Das Saarland wiederum weist einen KMU-Beschäftigtenanteil von lediglich 62,3 Prozent auf und investiert mit 22,6 Prozent der EFRE-Landesmittel des Themenbereichs 1 signifikant weniger in die Unternehmensförderung.

3.1.2 Unterkategorie „Öffentliche Infrastruktur“

Zur Erklärung der Schwerpunktsetzung im Bereich innovationsorientierter Infrastrukturen wurde der Anteil des FuE-Personals an den Erwerbspersonen gewählt, da zu erwarten ist, dass die Förderung von Forschungseinrichtungen einen Einfluss auf eben diese Beschäftigtengruppe besitzt. Der Regressionsparameter ist in diesem Fall jedoch nicht signifikant (*Abbildung 4*). Ein statistischer Zusammenhang zwischen dem Anteil der EFRE-Landesfördermittel des Themenbereichs 1 für Öffentliche Infrastruktur und dem Anteil des FuE-Personals und der Forscher an den Erwerbspersonen ist nicht gegeben.

3.1.3 Unterkategorie „Vernetzung“

Die Regression ergab für die Unterkategorie „Vernetzung“, dass Bundesländer mit einer hohen Patentintensität (Patente je 100.000 Einwohner) Vernetzungsaktivitäten signifikant stärker fördern als Bundesländer mit einer geringen Patentintensität (*Abbildung 5*). Zudem kann ein West-Ost-Gefälle festgestellt werden, denn die Bundesländer mit der geringsten Patentintensität und den geringsten Fördermittelaufwendungen für Vernetzung sind die im Rahmen des Ziels „Konvergenz“ förderfähigen ostdeutschen Länder. Vernetzungsanstrengungen, die das Innovationssystem leistungsfähiger machen, scheinen erst ab einer bestimmten Produktivität des FuE-Sektors an Bedeutung zu gewinnen.

3.2 THEMENBEREICH „VERKEHR“

Betrachtet man die EFRE-Fördermittelausgaben der Bundesländer in Bezug auf den Themenbereich Verkehr, so ist auf den ersten Blick erkennbar, dass es große Unterschiede in den Anteilen der Mittelaufwendungen der Länder gibt. Während beispielsweise Baden-Württemberg keine Investitionen im Bereich Verkehr tätigt, fließen 40,9 Prozent der EFRE-Landesmittel Mecklenburg-Vorpommerns in diesen Themenbereich. Auffällig ist zudem, dass die höchsten Anteile den Konvergenzgebieten Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen (19,4 Prozent), Brandenburg (16,4 Prozent), Lüneburg (13,3 Prozent) und Thüringen (8,9 Prozent) zuzuschreiben sind. Zur Erklärung der Förderunterschiede wird die Verkehrsinfrastruktur pro Quadratkilometer verwendet. Diese Variable beinhaltet die Straßen des überörtlichen Verkehrs, das Schienennetz sowie die Wasserstraßen in Relation zur Fläche des Bundeslandes. Durch die Regression konnte ein statistischer Zusammenhang zwischen den Variablen festgestellt werden (*Abbildung 6*). Die Konvergenzgebiete besitzen die geringste Verkehrsinfrastrukturausstattung und investieren signifikant stärker in die Entwicklung und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur als die nach dem Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ geförderten Bundesländer mit einer gut ausgebauten Infrastruktur. Einen statistischen Ausreißer stellt Mecklenburg-Vorpommern dar, welches die geringste Verkehrsinfrastruktur aufweist und mit 40 Prozent der EFRE-Landesfördermittel mit Abstand am meisten in den Bereich Verkehr investiert.

3.3 THEMENBEREICH „UMWELTSCHUTZ UND RISIKOVERHÜTUNG“

Mit 21,4 Prozent der bayrischen EFRE-Landesmittel für den Bereich Umweltschutz und Risikoverhütung liegt Bayern im Bundesvergleich an der Spitze (*Tabelle 1*). Grund für die hohen Investitionen ist die erwartete Zunahme von Naturgefahren im bayerischen Alpenraum mit Hochwasserfolgen. Daher konzentrieren sich 83,9 Prozent dieser Mittel auf die Risikoverhütung und dort insbesondere auf den Ausbau des Hochwasserschutzsystems. In Thüringen steht mit 64,7 Prozent der umweltschutz- und risikoverhütungsbezogenen EFRE-Landesmittel die Abwasserbehandlung im Fokus der Maßnahmen. Es besteht in Thüringen ein großer Handlungsbedarf bei der Abwasserentsorgung, denn der Anschlussgrad an die öffentlichen Kläranlagen betrug 2004 ca. 65 Prozent und lag damit weit unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 94 Prozent. Durch den Einsatz von EFRE-Mitteln sollen die umweltrelevanten Infrastrukturdefizite verringert und somit die Gewässergüte in Thüringen gesteigert werden. Das Saarland wendet 8,0 Prozent der EFRE-Landesmittel für diesen Themenbereich auf, wobei diese zu 100 Prozent in die Sanierung von verschmutzten Industriegeländen und Flächen fließen. Grund hierfür ist die starke Prägung des Saarlands durch die Montanindustrie, welche bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts die wirtschaftliche Basis dieses Bundeslandes bildete. Mit dem Bedeutungsverlust der Montanindustrie blieben brachliegende Industriestandorte mit Altlasten und kontaminierten Böden zurück. Durch die Aufbereitung ehemals industrieller Standorte soll eine Verringerung von Umweltbelastungen erreicht werden.

Abbildung 3: Zusammenhang zwischen KMU-Beschäftigungsanteil und Fördermitteln in der Unterkategorie „Unternehmen (insbesondere KMU)“

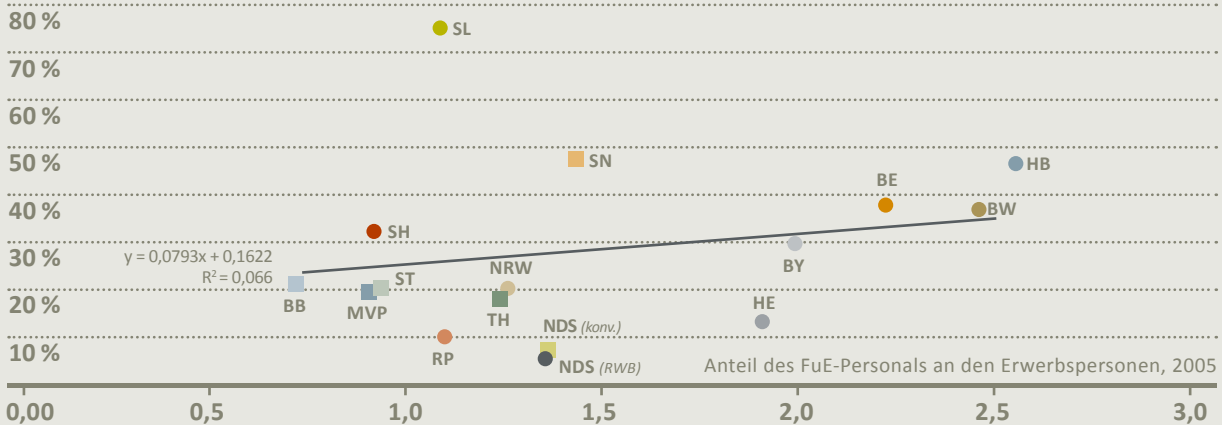
Anteil der EFRE-Landesfördermittel für „Unternehmen“ innerhalb des Themenbereichs 1, 2007 – 2011



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Durchführungsberichte der Bundesländer für das Jahr 2011 und der Bundesagentur für Arbeit 2008.

Abbildung 4: Zusammenhang zwischen FuE-Personalintensität und Anteil der Fördermittel in der Unterkategorie „Öffentliche Infrastruktur“

Anteil der EFRE-Landesfördermittel für „Öffentliche Infrastruktur“ innerhalb des Themenbereichs 1, 2007 – 2011



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Durchführungsberichte der Bundesländer für das Jahr 2011 und Eurostat 2005.

Abbildung 5: Zusammenhang zwischen Patentintensität und Anteil der Fördermittel in der Unterkategorie „Vernetzung“

Anteil der EFRE-Landesfördermittel für „Vernetzung“ innerhalb des Themenbereichs 1, 2007 – 2011



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Durchführungsberichte der Bundesländer für das Jahr 2011 und Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2005

Abbildung 6: Zusammenhang zwischen Verkehrsinfrastruktur und Fördermitteln im Themenbereich „Verkehr“

Anteil der EFRE-Landesfördermittel für Verkehr, 2007 – 2011

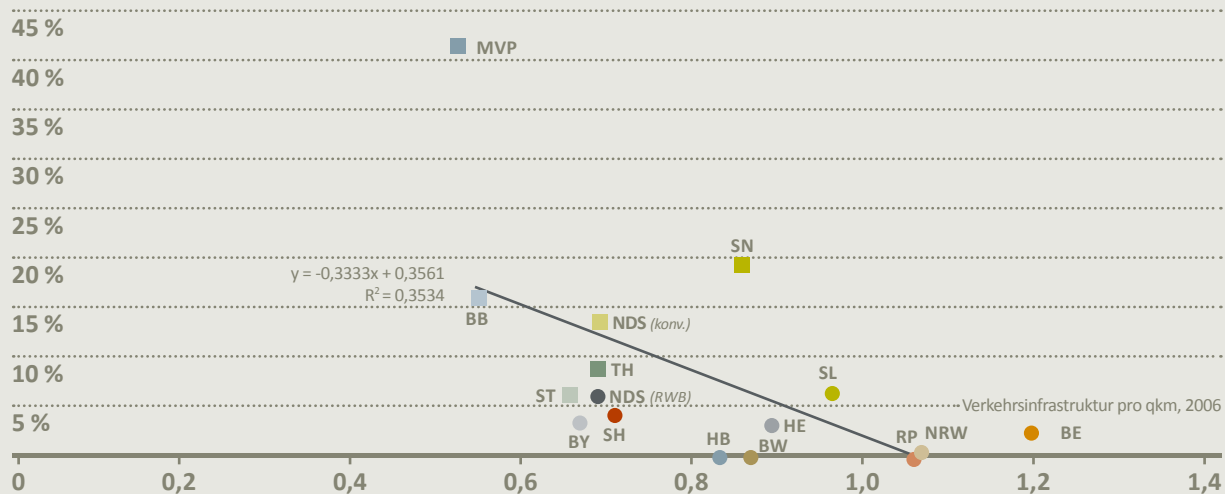


Tabelle 1: Aufteilung der Mittel für den Themenschwerpunkt „Umweltschutz und Risikoverhütung“

Bundesland	Anteil der Landesmittel für Umweltschutz und Risikoverhütung	davon Abwasserbehandlung	davon Sanierung von verschmutzten Industriegeländen & Flächen	davon Risikoverhütung	davon Sonstige
BY	21,35 %	0,00 %	9,19 %	83,85 %	6,96 %
TH	17,73 %	64,74 %	29,96 %	5,30 %	0,00 %
SN	12,77 %	0,00 %	19,24 %	68,42 %	12,35 %
BW	12,60 %	63,54 %	0,00 %	36,46 %	0,00 %
NDS (RWB)	8,81 %	35,14 %	20,66 %	13,11 %	31,09 %
NDS (Konvergenz)	8,69 %	13,58 %	0,00 %	64,84 %	21,58 %
SL	7,96 %	0,00 %	100,00 %	0,00 %	0,00 %
ST	6,39 %	45,10 %	4,46 %	11,31 %	39,12 %
BB	4,88 %	17,24 %	2,51 %	0,00 %	80,26 %
SH	4,14 %	0,00 %	43,27 %	0,00 %	56,73 %
RP	3,21 %	0,00 %	47,29 %	0,00 %	52,71 %
HE	2,81 %	0,00 %	100,00 %	0,00 %	0,00 %
MVP	1,84 %	100,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
NRW	1,81 %	0,00 %	81,84 %	0,00 %	18,16 %
BE	1,11 %	38,33 %	0,00 %	0,00 %	61,67 %
HB	0,99 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	100,00 %
Deutschland	8,42 %	26,00 %	19,69 %	36,55 %	17,76 %

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Durchführungsberichte der Bundesländer für das Jahr 2011.

4. ZUSAMMENFASSUNG

Die Ergebnisse zeigen, dass die Operationellen Programme der Bundesländer sich hinsichtlich der Konzentration auf einzelne Themenschwerpunkte stark unterscheiden. Während in Ländern wie Niedersachsen oder Hessen die EFRE-Fördermittel auf eine Vielzahl von Themenbereichen verteilt sind, konzentrieren Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen ihre Mittel auf wenige Prioritäten. Ein stark diversifiziertes Operationelles Programm kann einerseits als Spiegelbild komplexer regionaler Handlungsbedarfe interpretiert werden. Andererseits kann eine zu starke Aufteilung der Mittel auf viele Themenbereiche auch die Wirksamkeit der Mittel verringern, da eine kritische Masse an Unterstützung in einem bestimmten Förderbereich unter Umständen nicht mehr erreicht wird.

Der Versuch, Schwerpunktsetzungen innerhalb der Operationellen Programme zu erklären, hat gezeigt, dass es in einigen Fällen negative Zusammenhänge zwischen sozioökonomischen Variablen und Förderschwerpunkten gibt. Eine geringe Infrastrukturausstattung führt beispielsweise zu einer hohen Priorität für die Förderung der Verkehrsinfrastruktur. Dies entspricht dem Ausgleichsgedanken im klassischen Sinne. Im Bereich der Innovations- und Unternehmensförderung sind allerdings überwiegend positive Zusammenhänge zu finden. Ein hoher Anteil an KMU führt zu einer größeren Bedeutung der Unternehmensförderung und innovative Regionen machen ihr Innovationssystem vor allem durch die Förderung von Vernetzungsaktivitäten leistungsfähiger. In diesen Bereichen setzt die Förderung also an den regionalen Stärken an und versucht diese weiter auszubauen. Der Ausgleichsgedanke der EU-Regionalpolitik wird zwischen den Regionen vor allem durch die höhere Mittelausstattung von Operationellen Programmen in Regionen mit geringerem Wohlstand sichergestellt.

Anhang: Datensatz und Methodik

Die hier vorgestellte Untersuchung basiert auf Daten der Ausgabenkategorien-Tabellen in den Durchführungsberichten der deutschen EFRE-Förderprogramme 2011. In der aktuellen Förderperiode 2007-2013 gibt es 17 EFRE-Förderprogramme, welche das Ziel „Konvergenz“ bzw. „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (RWB) abdecken. In der Regel ist jedes Bundesland im Rahmen eines Ziels förderfähig und erstellt ein Förderprogramm. Lediglich Niedersachsen erarbeitet zwei Programme, da die Region Lüneburg unter das Ziel Konvergenz fällt, während die Regionen Braunschweig, Hannover und Weser-Ems dem Ziel RWB zuzuordnen sind. Für jedes Förderprogramm muss jährlich ein Durchführungsbericht erstellt und der EU-Kommission vorgelegt werden, in dem die Mittelzuweisungen des EFRE nach Kategorien seit Förderbeginn aufgelistet sind.

Um regionale Unterschiede in der inhaltlichen Ausgestaltung der EFRE-Förderprogramme zu beschreiben und zu erklären, wurde die Förderung der verschiedenen Themenbereiche zwischen den Bundesländern verglichen und versucht, diese mit Hilfe geeigneter Indikatoren zu erklären. Dabei kam das Verfahren der Regressionsanalyse zur Anwendung, bei der die Abhängigkeit einer zu erklärenden Variable von einer anderen, unabhängigen Variable untersucht wird. Im Ergebnis erhält man sog. Regressionsparameter, wodurch der Zusammenhang zwischen beiden Variablen durch eine lineare Funktion beschrieben bzw. grafisch als Regressionsgerade dargestellt werden kann. Das Bestimmtheitsmaß (R^2) gibt dabei an, wie viel Prozent der Gesamtvarianz der abhängigen Variable durch die Varianz der unabhängigen Variable erklärt wird.

Name des Themenbereichs	Nummer der zusammengefassten Unterkategorien laut EU-Verordnung*
Themenbereich 1 „Forschung und technologische Entwicklung (FTE), Innovation und Förderung des Unternehmerteistes“	1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9
Unterkategorie „Öffentliche Infrastruktur“	1, 2
Unterkategorie „Vernetzung“	3
Unterkategorie „Unternehmen (insbesondere KMU)“	4, 5, 6, 7, 8, 9
Verkehr	16-32
Informationsgesellschaft	10, 11, 12, 13, 14, 15
Energie	33 – 43
Umweltschutz und Risikoverhütung, Abwasserbehandlung	46
Umweltschutz und Risikoverhütung, Sanierung von verschmutzten Industriegeländen und Flächen	50
Umweltschutz und Risikoverhütung, Risikoverhütung	53
Umweltschutz und Risikoverhütung, Sonstige	44, 45, 47, 48, 49, 51, 52, 54
Fremdenverkehr	55, 56, 57
Kultur	58, 59, 60
Wiederbelebung städtischer und ländlicher Gebiete	61
Förderbereiche mit Beschäftigungs- und Bildungsbezug	62 – 84
Technische Hilfe	85, 86

* Einteilung der Fondsinterventionen in Bereiche für den Zeitraum 2007-2013 (Anhang II, Teil A der Verordnung (EG) Nr. 1828 / 2006 der Europäischen Kommission vom 8. Dezember 2006).

AUTOREN



B.A. CHRISTINA REISSMANN

Christina Reissmann hat Geographie mit Schwerpunkt Wirtschafts- und Kulturgeographie an der Leibniz Universität Hannover studiert. Im Rahmen eines Praktikums im NIW verfasste sie 2013 ihre Bachelorarbeit mit dem Thema „Beschreibung und Erklärung regionaler Unterschiede in der inhaltlichen Ausgestaltung der EFRE-Förderprogramme in Deutschland“. Seit Oktober 2013 ist Frau Reissmann Studierende im Masterstudien-gang Wirtschaftsgeographie an der Leibniz Universität Hannover.



PD DR. DANIEL SCHILLER

Daniel Schiller studierte Diplom-Geographie mit Schwerpunkt Wirtschaftsgeographie an der Leibniz Universität Hannover und an der Wirtschaftsuniversität Wien. Er war von 2003 bis 2012 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschafts- und Kulturgeographie der Leibniz Universität Hannover tätig. Dort wurde er im Jahr 2005 mit einer Arbeit zu „Universitären Industriekooperationen in Thailand“ promoviert und habilitierte sich im Jahr 2012 für das Fach Geographie. Die Habilitationsschrift trägt den Titel „An Institutional Perspective on Production and Upgrading – The Electronics Industry in Hong Kong and the Pearl River Delta“. Dr. Schiller wurde im Jahr 2013 für seine bisherigen Leistungen mit dem Wissenschaftspreis für Humangeographie der Prof. Dr. Frithjof Voss Stiftung ausgezeichnet. Seine Forschungsschwerpunkte sind regionale Innovationsforschung, Wissenschafts- und Hochschulforschung, Globalisierungsforschung, Entwicklungs- und Schwellenländerforschung und öffentliche Finanzen. Seine regionalen Forschungsschwerpunkte sind Deutschland, die Europäische Union und ihre Nachbarstaaten sowie der ost- und südostasiatische Raum. Seit Oktober 2012 ist PD Dr. Daniel Schiller als wissenschaftlicher Mitarbeiter am NIW tätig.

IMPRESSUM

Herausgeber Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (NIW) / Königstraße 53 / 30175 Hannover
Telefon: 0511 12 33 16-30 / Fax: 0511 12 33 16-55 / Mail: newsletter@niw.de / Web: www.niw.de

Direktor und Vorstandsvorsitzender Prof. Dr. Stephan Lothar Thomsen **Vereinsregister** Amtsgericht Hannover VR-Nr. 4774

Bildnachweis fotolia